

ENERGIEWENDE IN DER KREDITKLEMMEN: BEIM AUFBAU VON OFFSHORE-WINDPARKS DROHT VERZÖGERUNG

Banken fehlt das Geld für Großprojekte

Der Energiewende droht eine finanzielle Klemme. Angesichts der ehrgeizigen Ausbaupläne sehen sich weder die Banken noch die staatliche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) in der Lage, das nötige Investitionsvolumen zu stemmen. Andere Finanzierungsmodelle lassen noch auf sich warten.

VON KRISCHAN FÖRSTER

Jüngst drohte im Süden ein kapitaler Stromausfall. Obwohl Sturmtief „Ekkehard“ im Norden kräftig geblasen und für eine fast volle Windkraftleistung von 20000 Megawatt gesorgt hatte. Doch die kamen nicht an – das Stromnetz konnte sie nicht weiterleiten. Ein befürchteter „Blackout“ konnte nur vermieden werden, weil Netzbetreiber Tennet Kraftwerksreserven in Österreich zuschalten konnte. Wäre der Winter bislang nicht so mild, hieß es bei der Bundesnetzagentur, wäre das Problem noch weitaus gravierender. So blieb es ein alarmierendes Signal.

Ein gutes halbes Jahr ist es jetzt her, dass die Bundesregierung nach den Ereignissen von Fukushima die Energiewende eingeleitet hat. Der Ausstieg aus dem Atomstrom soll durch andere, vor allem erneuerbare Energien kompensiert werden. Acht von 17 Kernkraftwerken, vornehmlich im Süden, wurden bereits für immer abgeschaltet, die anderen werden folgen. Stattdessen soll die Stromerzeugung aus Wind-, Wasser- und Sonnenkraft oder aus Biogasanlagen rasant ausgebaut werden. Bis 2050 soll der Anteil von Ökostrom auf 80 Prozent anwachsen, bis 2020 sollen es immerhin schon 35 Prozent sein. Laut einer aktuellen Studie sind die Verbraucher auch bereit, dafür zu zahlen. So schnell wie gewünscht wird es aber kaum gehen. Im Gegenteil: Nach Ansicht zahlreicher Experten drohen erhebliche Verzögerungen. Denn zu viele Probleme sind noch ungelöst – technisch und vor allem finanziell.

Lücken im Netz sind da nur eines der vielen milliardenschweren Probleme. Von den 4400 Kilometern an neuen Überlandleitungen, die bis 2020 gebaut werden müssen, seien erst 80 Kilometer in Arbeit, beklagte Stephan Kohler, Geschäftsführer der halbstaatlichen Deutschen Energie-Agentur (Dena), kurz vor dem Jahreswechsel. Die Kosten dafür werden von der Dena auf sechs Milliarden Euro veranschlagt, der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft geht sogar vom doppelten Betrag aus. Zusätzlich muss in dezentrale Verteilernetze im Landesinneren und in den Anschluss der neuen Offshore-Windparks investiert werden.

Ins Stocken geraten

Gerade die Windausbeute auf Nord- und Ostsee soll entscheidend zum Gelingen der Energiewende beitragen. 10000 Megawatt an Leistung, also etwa 2000 Rotoren, sollen sich bis 2020 auf hoher See drehen, in den folgenden zehn Jahre soll die Leistung auf 25000 Megawatt steigen und dann 15 Prozent der Energieversorgung sichern. Doch der Aufbau der Großkraftwerke vor der Küste ist gewaltig ins Stocken geraten.

Rund 2000 Anlagen in 24 Windparks sind in den vergangenen zehn Jahren genehmigt worden, bislang sind aber noch nicht einmal 100 in drei Windparks installiert. Offshore-Pioniere haben bei ihren ersten Projekten viel Lehrgeld zahlen müssen, weil der logistische und finanzielle Aufwand viel höher ist als gedacht. Mit seinem ersten Windpark geriet das Emdener Unternehmen Bard in Existenznot, nachdem die Kosten von 1,1 auf 1,7 Milliarden Euro gestiegen waren. Bislang konnte Bard knapp 50 von 80 Anlagen installieren, statt 2011 soll der Windpark nun erst 2014 ans Netz gehen.

Die Großkonzerne E.on und RWE, die für weit mehr als eine Milliarde Euro pro Jahr Ökostrom-Projekte entwickeln wollen, haben den Start ihrer ersten Windparks verschieben müssen, weil diese vermutlich zwölf Monate später als geplant ans Netz angeschlossen werden können. RWE will den Bau des Windparks „Nordsee Ost“ dennoch in diesem Frühjahr beginnen, das auf eigene Rechnung für 100 Millionen Euro in Korea gebaute Installationsschiff „Victoria Mathias“ wird Ende des Monats in Bremerhaven erwartet. In einem Brandbrief an Bundesumweltminister Norbert Röttgen hatten die RWE-Manager Leonhard Birnbaum und Fritz Vahrenholt Anfang Dezember darauf verwiesen, dass die Ausbauziele massiv gefährdet seien, wenn der Netzanschluss ausfällt. Allein RWE entstände durch die Verzögerung ein Schaden von 100 Millionen Euro. Den Netzausbau will die Bundesregierung nach eigenem

Bekunden in diesem Jahr in Gesprächen mit den Betreibern forcieren und mit neuen Gesetzen beschleunigen. Es fehlt aber auch an Schiffen, geeigneten Häfen und an Personal. Und künftig vermutlich an viel Geld. Denn mittlerweile wirkt sich die Bankenkrise direkt auf die Energiebranche aus, vor allem im Offshore-Sektor.

„Die Banken werden den Investitionsbedarf allein nicht abdecken können“, warnt Jan-Philipp Gillmann, Chef der Abteilung für erneuerbare Energien bei der Commerzbank. Grund: Höhere Auflagen für Eigenkapitalquote und Finanzierungslaufzeiten dämpften bei den Banken die Neigung, sich in kapitalintensiven und risikobelasteten Projekten zu engagieren. Dazu komme die Unsicherheit, welche Regularien und Eruptionen am Finanzmarkt noch folgen könnten. Kreditzusagen könnten angesichts der Schwäche- und Restrukturierungsphase im Bankensektor künftig eher abnehmen als zunehmen, sagt Gillmann. „Damit öffnet sich die Schere zwischen Installationsbedarf und Kapitalangebot erheblich.“

Das Investitionsvolumen allein für Offshore-Windparks in europäischen Gewässern wird in den kommenden Jahren auf 75 Milliarden Euro geschätzt, 30 Milliarden sollen vor Deutschlands Küsten verbaut werden. Das klassische Finanzierungsmodell, bei dem die Banken drei Viertel der Investitionssumme als Fremdkapital stellen, ist laut Gillmann vorerst Geschichte. „So hohe Mittel werden von den Banken nicht mehr in Offshore-Projekte fließen.“

Beispiel Commerzbank: Mit einem Portfolio von fünf Milliarden Euro sieht man sich als größter Finanzierer bei erneuerbaren Energien. Noch im vergangenen Jahr habe es Neugeschäft im Volumen von 800 Millionen Euro gegeben. Bei Windparks an Land oder ausgewählten

Solar-Projekten hat Gillmann auch künftig wenig Bedenken. „Das ist zum einen bewährte Technik, zum anderen sind die Kreditbeträge überschaubar und relativ unproblematisch für die Banken zu refinanzieren.“ Etwa 15 Millionen Euro würden üblicherweise für einen Onshore-Windpark bereitgestellt. „Bei Offshore sind wir in einer ganz anderen Größenordnung.“

Ein 1,2-Milliarden-Projekt sei bislang mit etwa 800 Millionen Euro an Fremdkapital von Banken finanziert worden. „Das ist derzeit durch einzelne Institute nicht vorstellbar“, so Gillmann. Die Branche sei vorsichtig geworden und warte eher ab oder setze sich enge finanzielle Obergrenzen. „Wir beobachten schon seit längerem, dass sich in der Entwicklerbranche die Spreu vom Weizen trennt“, sagt Gillmann. Gewarnt und auch abgeschreckt ist die Branche durch den Fall Bard. Damals hatte die finanzierende Bank 450 Millionen Euro abschreiben müssen.

Es gibt europaweit ohnehin nur noch etwa ein Dutzend Geldinstitute, die überhaupt bereit seien, in Offshore zu investieren. Die Bremer Landesbank etwa meidet das Risiko komplett. Andere wie die Commerzbank beteiligten sich mit deutlich weniger Geld als früher, im Schnitt vielleicht mit 75 Millionen Euro pro Einzelprojekt –

für die Finanzierung eines einzigen Windparks würden daher alle zehn Banken gebraucht. „Wenn dann etwas schiefläuft, ist das Geld schnell in Gefahr.“

Die Commerzbank habe sich bislang an zwei Windparks beteiligt, über einen dritten werde verhandelt. „Wir warten erst einmal ab, wie sich das Geschäft weiter entwickelt.“ Frühestes in einem Jahr werde man sich über weitere Projekte Gedanken machen. Aber auch dann „werden wir eher opportunistisch investieren, also nur dann, wenn uns ein Projekt wirklich überzeugt“, so Gillmann. Auch die Energieversorger und mehr noch die Stadtwerke, die vorläufig hinter den meisten Windparks stehen, hätten nur eine begrenzte Kapitalkraft. „Ohne neue Akteure oder Finanzierungsinstrumente wird sich die Energiewende nicht bezahlen lassen“, sagt Gillmann.

Die allgemeine Zurückhaltung und der Mangel an Geld machen sich in der Offshore-Branche längst bemerkbar. Bei der zuletzt geglückten Finanzierung sicherte die bundeseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) mit Bürgschaften aus ihrem Fünf-Milliarden-Sonderprogramm die Investitionen der Banken ab, das aber nur für die ersten zehn Vorhaben ausreichen wird. KfW-Chef Ulrich Schröder hatte vorsorglich

schon mal abgeschlossen, die gesamte

Energiewende finanzieren zu können. Also müssten ganz andere Geldgeber mit großen Beträgen einsteigen: international operierende Finanzinvestoren wie Blackstone, Ventizz oder Brancor Capital, die bereits drei Windparks übernommen haben. „Auch wir suchen Finanzpartner auf der Fremdkapitalseite“, sagt Gillmann.

In absehbarer Zukunft könnten zwar auch Versicherungen oder Pensionsfonds die Windparks als interessante Geldanlage für sich entdecken, nachdem Staatsanleihen zu unsicher geworden sind. Das könnte aber noch zwei bis drei Jahre dauern, schätzt Gillmann, weil die Vermögensverwalter bei ihrer Risikoabschätzung noch konservativer agierten als Banken.

Übergangsweise bastelt die Commerzbank deshalb an anderen Lösungen für den Kapitalmarkt, Fondslösungen zum Beispiel. Das Geldinstitut würde zwar noch den Kredit vergeben, anderen Investoren aber anschließend eine Beteiligung samt üblicher Verzinsung anbieten. „Wir prüfen derzeit alle Möglichkeiten“, sagt Gillmann. Später könnten Projektbonds (Anleihen) dazukommen. Ein erstes Pilotvorhaben mit einem Volumen von 120 Millionen Euro könnte schon bald starten.

Bundesregierung in der Pflicht

Aber auch das wird das Geldproblem nicht lösen können. Commerzbank-Manager Gillmann sieht daher die Bundesregierung in der Pflicht, dem politischen Beschluss zur Energiewende schnellstmöglich ein konkretes Konzept folgen zu lassen – mit Ausbau- und Investitionszahlen, einer Aufstellung über alle nötigen Kraftwerkskapazitäten und passenden, möglicherweise auch neue Finanzierungsinstrumenten. „Alle Beteiligten brauchen da noch ein bisschen Fantasie“, sagt er. Und auch mehr Planungssicherheit.

Andere wie Claudia Kemfert, Energieexpertin des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), und zuletzt Niedersachsens Ministerpräsident David McAllister fordern einen „Masterplan“. Berlin müsse dringend mehr für den Ausbau der Windenergie tun. Neben einer Bündelung der Zuständigkeiten bei einem „Sonderbeauftragten“ der Bundesregierung plädiert McAllister für ein Aufstocken der Bundes- und Landesbürgschaften.

In Bremen wird diese Forderung bereits seit einem Jahr von Wirtschaftsminister Martin Günthner erhoben. Das bisherige Förderbudget der KfW sei mit fünf Milliarden deutlich zu klein geraten. Mindestens von einer Verdopplung ist seither die Rede. Jens Eckhoff, vormals Bausenator in Bremen und amtierender Präsident der Deutschen Stiftung Offshore, rechnet fest damit, dass die Diskussion um weitere staatliche Hilfen neu entfacht wird. „Und zwar nicht nur darüber, wie viel Geld gebraucht wird, sondern auch darüber, wer es in Anspruch nehmen darf.“ Die norddeutschen Küstländer denken dabei nicht nur an die Finanzierung von Windparks, sondern auch an die funktionierende Infrastruktur in den Häfen und an den Netzausbau, das vielleicht dringlichste Problem. Denn was nützt der ganze Offshore-Strom, wenn er nicht im Süden ankommt?

„Wir brauchen ein neues Ministerium“

Für eine erfolgreiche Energiewende fordert Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) schnellstmöglich einen Masterplan der Bundesregierung und die Schaffung eines eigenständigen Energieministeriums. Mit der Expertin sprach Krischan Förster.

Frau Kemfert, halten Sie die Ziele der von der Politik ausgegebenen Energiewende für noch erreichbar?

Claudia Kemfert: Es sind jedenfalls die richtigen Vorgaben. Es ist durchaus zu schaffen, aber dafür müssen noch einige Hebel umgelegt werden. Wir brauchen schnellstmöglich einen Masterplan.

Was sind denn die dringendsten Aufgaben?

Die Stromnetze müssen endlich ausgebaut werden. Benötigt werden neue Strom-Autobahnen im Norden, um die auf der Nordsee erzeugte Energie auch ableiten zu können. Genauso aber fehlt es aber auch an Verteilernetzen im Süden, um eine dezentrale Versorgung zu sichern. Gerade dort werden ja die meisten Atomkraftwerke abgeschaltet. Und schließlich müssen die Netze „intelligent“ werden – ohne bessere Steuerung werden sich künftig große

Schwankungen zwischen Angebot und Nachfrage nicht ausgleichen lassen. Die Frage leistungsfähiger Speicher ist bislang ebenso wenig gelöst und auch mit der Finanzierung großer Projekte hapert es.

Ist sich die Politik aus Ihrer Sicht all dieser Probleme bewusst?

Ich glaube schon, nicht nur in Berlin, sondern auch bei der EU. Aber gerade die Zuständigkeiten in Deutschland sind bislang nicht klar genug geregelt. Stattdessen gibt es immer wieder Rangeleien zwischen den verschiedenen beteiligten Ministerien. Ich plädiere daher für ein neues, eigenständiges Energieministerium, wie es das in fast allen europäischen Ländern längst gibt, um diese große Aufgabe anzupacken. In der Energiewende steckt eine unglaubliche Dynamik, dafür müssen alle Kräfte gebündelt und innovative Ideen entwickelt werden.

Stattdessen wollen sowohl das Umwelt- als auch das Wirtschaftsministerium unabhängig voneinander die Energiebranche zu Fachgesprächen nach Berlin einladen. Was bringen solche Runden?

Ich finde es richtig, alle Beteiligten an einen Tisch zu holen. Denn es geht ja auch darum, in der Gesellschaft Akzeptanz und Transparenz dafür zu schaffen. Die Umstellung der Energieversorgung ist ein hochkomplexes Thema, das nicht jeder sofort versteht. Aber nochmals: Viel besser wäre dafür ein eigenes Ministerium.

Gerade die Offshore-Branche beklagt neben den genannten Schwierigkeiten ein weiteres Problem: Es sei derzeit kaum möglich, Windparks zu finanzieren.

Einen Mangel an Geld sehe ich nicht, es stehen ausreichend Investoren bereit. So höre ich jedenfalls immer aus der Finanzbranche. Aber richtig ist auch, dass sich durch die Krise viele Projekte verzögert und die Risikoaufläge deutlich erhöht haben – deshalb wollen Investoren jetzt auch größere Sicherheiten, etwa durch Bürgschaften.

Das Fünf-Milliarden-Sonderprogramm der Bundesregierung soll helfen, die ersten zehn Windparks zu finanzieren. Wäre also sehr viel mehr an staatlicher Hilfe nötig?

Es wird immer schnell viel Geld gefordert, auch wenn es gar nicht unbedingt nötig wäre. Allein durch die gewährte Einpreisvergütung sollten sich die Projekte rechnen – auch ohne zusätzliche Milliarden-Sonderzahlungen. Ich sehe aber durchaus die Gefahr, dass bei einer anhaltenden Krise weitere Verzögerungen drohen. Insofern ist die Bundesregierung eindeutig in der Pflicht, der Branche mehr Rückendeckung zu geben.

Wenn nicht mit Geld, wie dann?

Wie genau, wird in den Gesprächen noch zu klären sein. Die Probleme sind ja alle bekannt. Nun muss es darum gehen, praktikable Lösungen für den Netzausbau oder die Finanzierung zu finden. Das kann über die richtigen Rahmenbedingungen und Stimuli geschehen, im Notfall, wenn es gar nicht anders geht, auch über zusätzliche finanzielle Hilfen der Bundesregierung. Vor allem aber muss es schnell passieren, wenn die Energiewende nicht ins Stocken geraten soll.

Zur Person

Claudia Kemfert, geboren 1968 in Delmenhorst, leitet die Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung und ist Professorin für Energieökonomie und Nachhaltigkeit an der Hertie School of Governance. Sie ist verheiratet und lebt in Oldenburg und Berlin.



2000 Windräder sollen sich bis 2020 allein auf der Nordsee drehen. Durch Finanzierungsprobleme und fehlende Anschlüsse an das Stromnetz könnten die Ausbauziele deutlich verpasst werden. FOTO: ACTION PRESS, MONTAGE: WESER-KURIER · JUNG

